

Christliche Soziallehre - Gemeinwohl

Eine Frage der Gerechtigkeit

Früher bekamen die Menschen Kinder, um eine gute Alterssicherung zu haben, heute bekommen sie keine, um eine gute Rente zu haben

Von Jürgen Liminski

ROM, 12. März 2012 (ZENIT.org). - Drei von vier Haushalten in Deutschland sind kinderlos. Das ist ein Ergebnis eines mentalen Wandels, der vor einem halben Jahrhundert mit der Einführung der Umlagesysteme begann und dazu führt, dass das Bundessozialgericht heute sagen kann: Erziehung ist schädlich für die Rente. Das mag Eltern empören. Es ist aber logisch. Früher bekamen die Menschen Kinder, um eine gute Alterssicherung zu haben, heute bekommen sie keine, um eine gute Rente zu haben. Denn „das Markteinkommen ist blind für die Frage, wie viele Menschen davon ernährt werden“ (Sozialrichter Jürgen Borchert). Deshalb haben Kinderlose in der Regel ein höheres Pro-Kopf-Einkommen als selbst gut verdienende Väter oder Mütter, ohne wie diese etwas für die Zukunft der Gesellschaft getan zu haben.

Man kann es drehen und wenden, Adenauer hat mit der umlagefinanzierten Rente ohne Rücksicht auf Kinder und Erziehung das Sozialsystem „vermurkst“, wie der große Sozialdenker Nell-Breuning schon sagte. Deshalb sind Fragen der Sozialsicherung auch und vor allem Gerechtigkeitsfragen und man könne, so der Bundesverfassungsrichter Udo di Fabio, solche Fragen nur im System denken, über die Details der Ansprüche und Rechte hinaus.

Dieses System steht vor einem Abgrund. Und je weniger Kinder geboren werden umso näher rückt es an den Rand. Die Konrad-Adenauer-Stiftung, genauer das Mainzer Büro der Stiftung, hatte den richtigen Riecher, als es Anfang Februar unter Leitung von Karl Heinz van Lier ein Symposium zum Thema „**Bevorzugt unsere Rechtsordnung Kinderlose?**“ veranstaltete. Auf dem Podium saßen unter anderem Udo di Fabio, Jürgen Borchert und die bayerische Sozial- und Familienministerin Christine Haderthauer. Es war eine Art Präludium zum großen Konzert über Kinderlose, das seit einigen Wochen in Berlin gespielt wird und bei dem auch die Kanzlerin sich als Trompeterin mit Dämpfer versuchte, bisher ohne großen Erfolg, die Debatte geht munter weiter, teilweise stark emotionalisiert. Spaltet Kinderlosigkeit die Politik, wie eine Tageszeitung suggerieren möchte?

Das Thema wird so schnell nicht verschwinden, auch wenn das politische und mediale Establishment in Berlin es am liebsten für immer verdrängen möchte. Denn die Ursache für das mit immer mehr Verve aufkommende Thema ist die **demographische Wucht**, die jetzt auch im Bewußtsein der Bevölkerung Platz greift. Nur ein Faktum: In wenigen Jahren geht die Generation der Babyboomer (zwischen 1950 und 1965 geborene) in Rente und gleichzeitig wird die Zahl der Erwerbstätigen kleiner. Viel mehr Rentner und deutlich weniger Beitragszahler – das lässt sich aus Steuermitteln nicht ausgleichen. Schon jetzt wird ein Drittel der Renten, rund 80 Milliarden Euro, aus Steuermitteln gezahlt. Selbst bei einer Vollbeschäftigung kann die Rentenkasse dieses generative Ungleichgewicht nicht mehr ins Lot bringen. Hier tut sich die „**Gerechtigkeitslücke**“ auf, wie Christine Haderthauer bemerkt.

Die Kanzlerin verhält sich da wie ihr früherer Mentor Kohl: Nur ja keine Änderung am System. Aber genau das hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Trümmerurteil vor zwanzig und in seinem Pflgeurteil vor zehn Jahren gefordert. Der „generative Beitrag“ (Zeugung und Erziehung von Kindern), so die Richter, sei für das Umlagesystem und den Generationenvertrag bestandserhaltend, daher gleichbedeutend mit dem finanziellen Beitrag und müsse mit diesem verrechnet werden. Nichts anderes fordern die jungen Abgeordneten. Aber sie stellen es rhetorisch ungeschickt an. Statt von den Kinderlosen (also von mehr als zwei Drittel der Journalisten und Politiker) eine Abgabe zu verlangen, hätten sie eine Erleichterung für die Familien fordern sollen. So machen sie es den Kinderlosen, einschließlich der

Kanzlerin, leicht, das richtige Anliegen als Strafabgabe zu schmähen, ähnlich wie sie es mit dem Betreuungsgeld tun („Herdprämie“). Das spaltet. So ist die Gerechtigkeitslücke nicht zu schließen. Eltern müssen entlastet werden, denn Familien sind systemrelevant. Wenn nichts geschieht, bekommen wir griechische Zustände.

Nun argumentieren Grüne und Sozialdemokraten (auch in der CDU) mit der Reform des Ehegattensplittings. Es sollte nur Ehen mit Kindern zugute kommen. Auch das ist kurz gedacht. Zum einen würden dann die bestraft, die Kinder großgezogen haben und nun allein leben. Sie haben ihren Zukunftsbeitrag geleistet. Ihnen nun die Früchte vorzuenthalten würde die Gerechtigkeitslücke weiter aufreißen. Zum anderen werden nachweislich vor allem in Ehen Kinder geboren und zwar immer später. Die Ehe als solche nicht mehr zu fördern hieße, die Voraussetzung für mehr Geburten abzuwürgen.

Zielführender im Sinn einer natalistischen, mithin das System erhaltender Politik wäre es, das Ehegattensplitting zu erweitern. **Das hat Paul Kirchhof schon angeregt mit der Erhöhung des Freibetrags pro Kopf. Es wäre ein deutsches Familiensplitting, das Kinderlosen nicht wehtut** und deshalb auch Chancen hätte. Ähnlich könnte man bei der Rente verfahren. Familien entlasten, statt Kinderlose belasten und das als Beitrag zur Systemerhaltung „verkaufen“ – ein Beitrag also, von dem auch Kinderlose profitieren. So könnte man versöhnen statt spalten und die Gerechtigkeitslücke schließen.

© Copyright 2012 beim Autor

Kommentar von Ulrich Bonse:

Jürgen Liminski schreibt, Adenauer habe „mit der umlagefinanzierten Rente ohne Rücksicht auf Kinder und Erziehung das Sozialsystem „vermurkst“, wie der große Sozialdenker Nell-Breuning schon“ gesagt habe.

Hintergrund war 1956 die Rentenreform, die Prof. Wilfrid Schreiber, Universität Köln, konzipiert hatte*. Diese enthielt neben dem selbstverständlichen Rücklagebeitrag jedes zukünftigen Rentenbeziehers für das Alter **auch einen Beitrag für den anderen „einkommenslosen Zeitraum“** in seinem Leben, nämlich den der Kindheit/Jugend incl. Ausbildungszeit incl. Studium. Der aber hätte den Gesamtbeitrag wesentlich erhöht, der ja zur Hälfte auch die Arbeitgeber getroffen hätte. Die arbeitgebernahe FDP war gegen diesen „KiJu-Beitrag“ („zu teuer für die Wirtschaft“).

Adenauer war eigentlich für Schreibers logisches, langfristig angelegtes System. Er brauchte aber die FDP als Koalitionspartner bei den anstehenden Bundestagswahlen. So biss er schließlich in den „sauren Apfel“, indem er den genannten Teil-Beitrag (für Kindheit/Jugend/Ausbildung) aus dem umlagefinanzierten Rentensystem herausließ - und in Kauf nahm, dass heute auf lange Sicht durch die Abnahme der Kinderzahl pro Familie das ganze System langsam kippt. Sein Argument: „**Kinder kriegen die Leute immer!**“ - ohne vorzusehen, wie schon ein Jahrzehnt später Verhütung und Abtreibung die Elemente der Demografie auf den Kopf stellen würden.

Ein Beispiel dafür, wie langfristig und sorgfältig man im Interesse des Gemeinwohls denken und entscheiden muss, wenn klug regiert werden soll, und dafür, wie im allgemeinen solide Politiker unter dem Zwang politischer Taktik einen wesentlichen Teil kluger Strategie opfern. Heute brennt uns die Korrektur der damaligen verhängnisvollen Entscheidung auf den Nägeln!

* bei Prof. Schreiber habe ich übrigens 1964-66 das Fach Sozialpolitik studiert.
Ulrich Bonse